

1. Vorstehende zwei Entschließungen der Vorstandssitzung, die zuvor dem Parteiausschuß vorgelegen hatten (s. daselbst Protokoll), wurden vom Parteitag angenommen mit Stimmenmehrheit, nachdem nur von Dr. Gradl⁴, Berlin, Einspruch eingelegt worden war.

2. Auf Antrag des Landesverbandes Berlin wurde die Entschließung gefaßt, dem Bundespräsidenten, Prof. Dr. Heuss, den Beschuß des Parteitages zu unterbreiten, die 3. Strophe des Deutschlandliedes als Bundeshymne zu erklären.

3. Ein Antrag des Landesverbandes Bremen auf Bildung eines Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen und Wahlen wurde einstimmig angenommen.

4. Ein Antrag des Landesverbandes Hamburg auf Bildung eines Ausschusses für Flieger- und Währungsgeschädigte wurde mit einer Stimmenthaltung angenommen.

5. Der Antrag, Hamburg als nächsten Tagungsort für den Parteitag 1952 festzulegen, wurde ebenso wie der Antrag Berlin als Empfehlung entgegengenommen.

8

Bonn, 29. Oktober 1951

Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, von Brentano, Frau Gröwel, Holzapfel, Kaiser, Kather, Kiesinger, Lubbers, Majonica, Schreiber, Schröter, Simpfendorfer, Strickrodt, Zimmer. Verhältnis zwischen Protestant und CDU, Organisationsfragen: Personalunion zwischen Kanzler und Parteivorsitzendem, Bundesgeschäftsführer, Aufgaben des 3er-Ausschusses. Personalien Holzapfel und Kiesinger. Verschiedenes.

Ende: 13.30 Uhr

Adenauer bezeichnet die heutige Vorstandssitzung als außerordentlich wichtig und vielleicht entscheidend für die Entwicklung der Partei. Karlsruhe habe erwiesen, daß die Stimmung der Delegierten für die Arbeit der Partei und in der Partei im

4 Dr. Johann Baptist Gradl (geb. 1904), 1926-1931 Redakteur bei der „Germania“ in Berlin, Mitgründer der CDU Berlin, 1947-1948 geschäftsführender Vorsitzender der Ostzonen-CDU (seit 1948 Exil-CDU), 1948-1965 Verleger der Berliner Tageszeitungen „Der Tag“ und „Der Kurier“, 1957-1980 MdB (Vertreter Berlins), 1965-1966 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1966 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen (Veröffentlichungen: Stets auf der Suche. Reden und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Köln 1979; Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945-1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Köln 1981; Festschrift: Mut zur Einheit. Köln 1984).

Gegensatz zur öffentlichen Meinung sehr gut sei. Verschiedene Rückschläge bei Wahlen der letzten Zeit hätten in der Hauptsache lokale Ursachen¹. Man könne nicht regionale Wahlen nur mit Bundestagsabgeordneten und der sogenannten zweiten Garnitur von Rednern führen. Die Länder müßten bei regionalen Wahlen auch selbst weitaus intensiver als bisher arbeiten.

Als seine größte Sorge bezeichnete Dr. Adenauer die evangelischen Kreise der CDU. Dr. Schumacher habe im vertrauten Kreise erklärt, es sei sein Ziel, einen Schnitt zwischen die evangelischen und katholischen Mitglieder der CDU zu ziehen. Er wolle damit erreichen, daß die CDU als katholische Partei abgestempelt und dann nicht mehr die stärkste Partei würde. Dank Niemöller und Heinemann² habe der Versuch der SPD Aussicht auf Erfolg. Für die kommende Bundestagswahl sei die Zugehörigkeit des evangelischen Volksteiles zur CDU aber ausschlaggebend. Dieses Gefühl der Zusammengehörigkeit der Konfessionen sei irrational. Eine Störung wirke sich sehr lange aus. Ihr müsse also rechtzeitig entgegengearbeitet werden.

Dr. Adenauer schilderte dann seine Begegnungen mit führenden evangelischen Geistlichen wie Bischof Dibelius³ und Bischof Lilje in Loccum⁴ und Königswinter⁵. Im ganzen herrsche auch dort Bereitwilligkeit zur politischen Zusammenarbeit mit der CDU. Er habe den Bischöfen erklärt, die evangelischen Kirchen müßten sich darüber klar sein, daß unter einer sozialistischen Regierung ihre Rechte und ihre Bestrebungen sicherlich nicht gefördert würden. Dr. Adenauer ging dann noch eingehend ein auf den Fall Heinemann. Er verurteilte vor allem Heinemanns Reden in der Ostzone⁶, die sich verheerend für die Politik der Bundesrepublik auswirken.

Dr. Adenauer wandte sich dann den organisatorischen Fragen zu. Eine gute Organisation sei wichtig für die Durchschlagskraft der Partei. Es sei hin und wieder notwendig, zu überprüfen, ob in organisatorischer Hinsicht alles richtig gemacht worden sei. Er selbst habe sich oft gefragt, ob es zu verantworten sei, daß er die Ämter des Bundeskanzlers und des Parteivorsitzenden in einer Person bei sich vereinige. Seit Goslar seien die Aufgaben des Bundeskanzlers noch mehr gewachsen. Er habe noch das Außenministerium mit seinen vielen Aufgaben und Belastun-

1 Vgl. Nr. 1 Anm. 9, 10; Nr. 2 Anm. 33, 35, 40; Nr. 3 Anm. 27.

2 Zu den Auseinandersetzungen mit Niemöller und Heinemann vgl. SCHWARZ 1 S. 122–125, WENGST: Staatsaufbau S. 262–266.

3 Dr. Otto Dibelius (1880–1967), seit 1921 Oberkonsistorialrat, ab 1925 Generalsuperintendent der Kurmark, ab 1933 in der Leitung der Bekennenden Kirche, 1945–1966 Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, 1949–1961 Vorsitzender des Rates der EKD, 1954–1961 Präsident des Weltkirchenrates. Vgl. Robert STUPPERICH: Otto Dibelius. Sein Denken und Wollen. Berlin 1970.

4 Adenauer war am 27. Oktober 1951 in Loccum (vgl. UiD vom 20. Oktober 1951).

5 Das Gespräch in Königswinter fand erst am 5. November statt (ausführlicher Bericht in UiD vom 10. November 1951); Protokoll der Zusammenkunft in NL Ehlers ACDP I-369-009/2).

6 Heinemann war am 25. Oktober in die DDR gereist (UiD vom 17. Oktober 1951).

gen hinzubekommen⁷. Im Interesse Europas müsse der Kanzler das Außenministeramt z. Z. weiterführen. In der internationalen Politik sei das Sichkennen und Einandertrauen eine der wichtigsten Imponderabilien. Dr. Adenauer erklärte, er habe nun einmal das Vertrauen der maßgebenden Stellen des Auslandes. Durch seine erfolgreiche Außenpolitik habe er auch starke Vorteile für die Partei erreichen können. In einigen Monaten hoffe er, das Außenministerium abgeben zu können. Dann werde seine Arbeitszeit frei für andere Dinge.

Dr. Adenauer erinnerte daran, daß in Goslar der 5er-Ausschuß mit dem organisatorischen Aufbau der Partei betraut worden sei. Dr. Holzapfel habe ihm aber mitgeteilt, daß bei 30 angesetzten Sitzungen des 5er-Ausschusses er in 15 allein anwesend, in 5 weiteren er mit Bach allein und nur bei dem Rest wenigstens ein Teil der anderen Herren anwesend gewesen sei.

Dr. Adenauer würdigte die Arbeit des kommissarischen Geschäftsführers Lubbers, der nur auf dringendes Zureden hin die Arbeit wegen der Notlage der Partei übernommen habe. Aus der Fraktion sei ein Vorschlag gemacht worden, ein 3-Männer-Kollegium aus den Abgeordneten Tillmanns, Kiesinger und Wuermeling mit der Aktivierung der Parteiarbeit und der Vorbereitung der Bundestagswahl zu betrauen. Er halte den Vorschlag für gut, da ein Mann allein diese Arbeit nicht schaffen könne. Die kommenden Wahlen würden nicht durch die Mitglieder der Parteien, sondern durch die nicht gebundenen Wähler entschieden. Die CDU müsse das große Reservoir der Jugend und der Frauen durch gute Organisationsarbeit aktivieren. Voraussetzung für das Gelingen der Arbeit des 3-Männer-Kollegiums sei, daß diese von allen anderen Arbeiten freigestellt würden und daß sie hauptamtlich, selbstverständlich gegen Honorar, tätig seien.

Dr. Adenauer schilderte noch einmal die Verhandlungen mit Joseph Blank. Man solle mit dem Landesverband Westfalen verhandeln, ob nicht Blank wenigstens für fünf Tage in der Woche nach Bonn in die Bundesgeschäftsstelle kommen könne, während er die übrigen zwei Tage dem Landesverband zur Verfügung stehe.

Mit Bischof Lilje sei die Frage besprochen worden, ob es gut sei, Dr. Holzapfel mit der Parteiarbeit speziell für den evangelischen Raum zu betrauen. Bischof Lilje habe diesen Vorschlag gern akzeptiert und ihn gutgeheißen. Nun habe aber die sozialdemokratische Presse geschrieben, die Organisation in Karlsruhe habe versagt, das sei Schuld Dr. Holzapfels, und wegen dieses Versagens solle er nicht nach Bern gehen. Um diese Gerüchte zu widerlegen, müsse Dr. Holzapfel nun mindestens vorübergehend nach Bern gehen. Es müsse geprüft werden, ob Dr. Holzapfel inzwischen sein Bundestagsmandat und seine politischen Ämter beibehalten könne.

Dr. Adenauer sprach dem Bundesschatzmeister Bach den Dank für seine gute Arbeit bei der Finanzierung der Partei aus. Auch Dr. Pferdmenges habe neben der Arbeit Bachs Gutes erreicht und erklärt, man könne über die Finanzen der CDU

7 Gemäß Kabinettsitzung 13. März 1951 (AdG 1951 S. 2855f.; ADENAUER: Erinnerungen 1 S. 465).

beruhigt sein. In Sonderheit würden die benötigten etwa zwei Millionen Mark für die Bundestagswahlen rechtzeitig zur Verfügung stehen. Einen Zwischenruf über die Zweckmäßigkeit der Annahme solcher Gelder verwies Dr. Adenauer auf die Anzeigen im „Neuen Vorwärts“, wo zahlreiche Firmen inserieren, die mit der SPD politisch nicht das geringste gemein haben. Wichtig sei nur, daß diese Gelder nicht mit Auflagen oder Verpflichtungen gegeben und angenommen würden.

Für die Diskussion empfahl Dr. Adenauer, zunächst Fragen des Vorstandes, dann des 3-Männer-Kollegiums und zum Schluß des Bundesgeschäftsführers und des DUD zu besprechen.

Von Brentano schlug vor, den Bundestagspräsidenten Ehlers ausdrücklich als Gast des Kanzlers zum Parteiausschuß einzuladen.

Kaiser wünschte, daß auch die Minister Erhard und Schäffer im Parteiausschuß sprechen.

Adenauer lehnte das für heute ab, empfahl aber, die Minister für die nächste Parteiausschußsitzung zu grundlegenden Referaten zu laden.

Albers bat um genaue Klärung der Aufgaben des 3er-Ausschusses (*Adenauer*: Sie sollen die Bundestagswahl vorbereiten), zweitens wollte *Albers* wissen, ob die drei Abgeordneten völlig aus der Fraktionsarbeit entlassen würden, und drittens solle man nicht vergessen, daß neben den Frauen und der Jugend auch die Arbeitnehmer im Ruhrgebiet stärker angesprochen werden müßten. In Hamm⁸ sei bewiesen worden, daß dies möglich sei, auch müsse der Einfluß der christlichen Kräfte auf die Gewerkschaften verstärkt werden. Also müsse zu den drei Genannten ein Arbeitnehmer kommen oder einer gegen einen Arbeitnehmer ausgewechselt werden.

Adenauer warnte dringend davor, bei der Aktivierung der Parteiarbeit nach Interessengruppen zu sehen. Die Mitglieder des 3er-Kollegiums sollten nicht Repräsentanten der Partei, sondern ihre größten Arbeitspferde sein.

Kaiser schloß sich bezüglich der konfessionellen Probleme den Ausführungen Dr. Adenauers an. Am wichtigsten sei es, dem Volke den Sinn der Partei neu klarzumachen. Vor allen Dingen müsse der Bevölkerung klargemacht werden, daß ein starkes Gegengewicht gegen die SPD immer notwendig sei. Zum Fall Heinemann empfahl Minister *Kaiser*, der Kanzler möge ein Gespräch mit Heinemann führen, um die Differenzen zu bereinigen. Heinemann sei seiner Auffassung nach unbedingt guten Willens, habe sich nur politisch verrannt. Der Erfolg der Wahl im Jahre 1953 hänge davon ab, daß die Politik des Kabinetts Adenauer gut sei.

Bezüglich der Organisation erklärte Minister *Kaiser*, das 3er-Kollegium Kiesinger, Tillmanns, Wuermeling sei keine Lösung. Das wichtigste sei der Bundesgeschäftsführer, der ständig ohne Ehrgeiz die organisatorische Arbeit leite, überwache und vorwärststrebte.

Holzapfel sagte, ein kleiner Kreis von Männern arbeite besser als ein großer. Am besten sei überhaupt ein Mann.

8 Vgl. Nr. 5 Anm. 3.

Von Brentano erkannte die Wichtigkeit eines erstklassigen Bundesgeschäftsführers an, aber die Hauptsache sei er nicht, sondern die Hauptsache sei die gute politische Arbeit. Die drei Abgeordneten sollten nicht nur die Bundestagswahl vorbereiten, sondern die politische Arbeit der Partei insgesamt führen und aktivieren. Die drei Herren seien in der Fraktion sehr schwer zu entbehren, aber er sei ihnen dankbar, daß sie sich überhaupt bereitgefunden hätten, die ihnen zugesetzte undankbare Aufgabe zu übernehmen. Heute müsse unbedingt die Entscheidung darüber fallen, denn davon hänge vieles ab, wenn nicht sogar alles.

Bach verwies anhand Berlins und Siegens darauf, daß auch evangelische Kreise die CDU tragen. Es sei eine reine Frage der Organisation. Für die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder müsse eine klare Abgrenzung der Verantwortung festgelegt werden. Einer müsse die Politik der Länder mit der des Bundes zu koordinieren und abzustimmen versuchen. Der zweite solle für Propaganda, Presse, Rundfunk, Film verantwortlich sein, und der dritte als Verantwortlicher für Organisation müsse die Verbindung zwischen dem Vorstand und den hauptamtlichen Kräften in der Partei erhalten, und er müsse auch die hauptamtlich tätigen Parteiangestellten führen. Dieser Vertrauensmann sei ausschlaggebend. Bach warnte vor einem Direktorium mit allgemeinen Richtlinien.

Schröter erklärte, die Frage, ob Dr. Adenauer bei seiner Belastung aus dem Bundeskanzleramt und dem Außenministerium Vorsitzender der Partei bleiben könne, müsse dahin beantwortet werden, daß es unbedingt notwendig sei, daß Dr. Adenauer Vorsitzender bleibe. Die Partei brauche einen endgültigen Bundesgeschäftsführer, sie brauche aber auch den Bundespressechef.⁹

Majorica wandte sich gegen eine gruppenmäßige Zusammensetzung des 3er-Kollegiums, wie erst von Albers angeregt worden war. Es sei aber selbstverständlich, daß alle drei mit der Jugend, mit den Frauen, mit den Arbeitnehmern ständige Fühlung halten.

Strickrodt stellte die Frage, nach welchem Organisationsprinzip das 3er-Kollegium arbeiten solle. Das sei am Anfang wahrscheinlich nicht klar zu beantworten. Vielleicht werde sich aus der Praxis eine Lösung ergeben, wie sie Bach vorgeschlagen habe. Aber man könne das nicht von vornherein als Auflage mitgeben. Eine der Aufgaben des 3er-Kollegiums sei die Vertiefung der Parteiideologie. Das Christliche müsse im Bewußtsein des Volkes wieder wach gemacht werden. Bei aller Wertschätzung führender Männer der evangelischen Kirche wie Lilje und Dibelius müsse doch einmal gefragt werden, ob sie nicht die seltsamen Wege ihrer Publizisten einmal überprüfen wollten. Die Partei müsse eine Plattform schaffen für die Vertiefung ihres Geistesgutes und von daher Anregungen an die praktische Politik geben.

Dr. Strickrodt sagte abschließend: Geistige Arbeit ist hierarchische Arbeit. Sie muß von oben nach unten geleistet werden. Das ist unsere Aufgabe.

⁹ Vgl. Nr. 21 Anm. 2.

Simpfendorfer sagte, wir seien als Gesinnungsgemeinschaft angefangen; das Problem sei, daß wir eine Partei werden müßten. Dies aber sei Sache der Führung. Der Bundesgeschäftsführer müsse mit besseren und größeren Kompetenzen ausgestattet werden. Die drei Männer täten ihm schon heute leid, da nicht klar zu sehen sei, wie die drei ihre Kompetenzen und Aufgaben verteilen wollten. *Simpfendorfer* verwies auf die Südweststaatwahl¹⁰, die für die Partei von allergrößter Bedeutung sei. *Niemöller* sei im Begriff, im südwestdeutschen Raum abzuwirtschaften. Auch *Heinemann* sei nicht mehr so hoch im Ruf wie früher. Man müsse sich aber hüten, beide zu Märtyrern zu machen, und den Kampf gegen ihre Ideologie mit Vorsicht führen.

Kiesinger warnte vor dem Wort *Direktorium*. Es handele sich um eine Mannschaft von „Arbeitspferden“. Demgegenüber dürfe der Bundesgeschäftsführer nicht eine Art Bürovorsteher, sondern er müsse der starke Mann der Organisation werden. Man müsse der 3er-Mannschaft zunächst einmal überlassen, wie sie ihre Arbeit schaffen möchte. *Kiesinger* gab gegenüber verschiedenen Angriffen die Erklärung ab, er habe nichts mit der Ersten Legion zu tun.

Majonica stellte den Antrag, Dr. *Strickrodt* zu beauftragen, bis zur nächsten Vorstandssitzung Plan und Kalkulation einer Zeitschrift vorzulegen, wie er sie sich als Führungsorgan denke.

Kather hofft auf gute Zusammenarbeit der drei Männer mit den Flüchtlingen. Auch hier gebe es ein großes Reservoir für die CDU, das ausgeschöpft werden müsse.

Bach erklärte, man könne nicht ein Kollegium von geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, sondern man müsse jeden einzelnen für eine fest umrissene Aufgabe wählen.

Adenauer war dagegen der Auffassung, der Parteiausschuß solle das 3er-Kollegium wählen und es beauftragen, bis zur nächsten Sitzung eine genaue Planung vorzulegen.

Bach bittet, dem Kollegium aufzugeben, den Schatzmeister wenigstens einmal in der Woche zu den Beratungen zuzuziehen.

Gröwel erklärte, es müsse selbstverständlich sein, daß die Frauen in weitestem Maße auch in die Führungsarbeit der Partei eingeschaltet würden.

Kaiser betonte bei aller Wichtigkeit des 3er-Kollegiums noch einmal, daß die Frage des Bundesgeschäftsführers am wichtigsten sei. Sie müsse so schnell wie möglich gelöst werden. Die Wahl von Dr. *Tillmanns* und Dr. *Wuermeling* müsse glattgehen. Er müsse aber loyal darauf aufmerksam machen, daß gegen *Kiesinger* nach wie vor stärkste Bedenken beständen. *Kiesinger* sei lange und an hoher Stelle Parteigenosse der NSDAP gewesen.

Minister *Kaiser* fragt, ob die Frage *Kiesinger* als Bundespressechef schon negativ entschieden sei. Auch mit der Lösung, die der Kanzler mit Dr. *Holzapfel* vereinbart habe, habe er kein gutes Gefühl.

10 Die Volksabstimmung fand am 9. Dezember 1951 statt (vgl. FEUCHTE S. 144, 157).

Adenauer erläuterte noch einmal, aus welchem Grunde die von ihm bereits vorgetragene Lösung für Dr. Holzapfel und Kiesinger gefunden worden sei. Wenn der Vorstand sich über die Nominierung Kiesingers einig sei, dann brauche man im Parteiausschuß die Frage von Kiesingers politischer Vergangenheit nicht mehr zu erörtern.

Von Brentano erklärt, er sei erschüttert über die Ausführungen Kaisers. Man könne einen Menschen nicht nach einem Fragebogen beurteilen.

Kaiser betont, er habe nichts gegen Kiesinger persönlich gesagt und sagen wollen. Es frage sich aber grundsätzlich, ob man frühere Pg's schon in die vorderste Linie der Partei stellen solle. Dr. Adenauer müsse das Problem im Parteiausschuß in der rechten Art ansprechen. Es dürfe aber nicht übergangen werden.

Schröter beantragt Schluß der Debatte.

Schreiber sagt, es sei notwendig, die Arbeitspferde möglichst bald einzuspannen. Kiesinger sei seit zwei Jahren Abgeordneter, also könne er auch in der Partei selbst führend tätig sein. Man mache sich lächerlich, wenn man heute über die politische Vergangenheit eines Menschen so urteile, wie es hier geschehen sei.

Adenauer stellt die Einmütigkeit des Vorstandes darüber fest, dem Parteiausschuß vorzuschlagen, Dr. Tillmanns und Dr. Wuermeling neu in den Vorstand zu wählen und diese beiden und Kiesinger zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern zu bestellen. Den dreien sei aufzugeben, bis zur nächsten Sitzung ihren Arbeitsplan vorzulegen. Der Bundesgeschäftsführer müsse so schnell wie möglich gefunden werden. Man müsse noch einmal mit Herrn Lensing¹¹ darüber verhandeln.

Holzapfel teilte mit, Lensing käme mit gebundener Marschroute in den Parteiausschuß. Der Vorstand der Landespartei Westfalen habe beschlossen, Blank nicht abzugeben.

Adenauer erklärte, dann müsse der Parteiausschuß dem Landesverband Westfalen sagen, daß im Notfall die Interessen der Bundespartei über die einer Landespartei gehen.

Bach stimmte dem zu und empfiehlt eine Rücksprache mit dem westfälischen Parteivorstand.

Kaiser teilt mit, zahlreiche Kreisgeschäftsführer hätten ihn davon in Kenntnis gesetzt, daß in der Bundesgeschäftsstelle nicht die richtigen Leute säßen. Viele von ihnen hätten bisher mit der CDU nichts zu tun gehabt.

Adenauer schloß die Debatte ab und stellt die Frage, ob bei der bevorstehenden Klage des Bundeskabinetts gegen die SRP beim Bundesverfassungsgericht nicht auch gleichzeitig Klage gegen die KPD auf Verfassungswidrigkeit eingereicht werden müsse.¹²

11 Lambert Lensing (1889–1965), Verleger; vor 1933 Stadtrat in Dortmund (Zentrum), Mitgründer der CDU, 1945–1946 und 1951–1959 Landesvorsitzender der CDU Westfalen, 1948–1949 MdPR, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. Kurt Koszyk in NDB 14 S. 217f.

12 Die Verbotsanträge gegen KPD und SRP erfolgten am 16. November 1951 (AdG 1951 S. 3203f.; zum Aufleben des Rechtsradikalismus vgl. SCHWARZ 1 S. 130ff.).

Von Brentano erklärt, es sei die Meinung der Fraktion, man müsse gegen beide einschreiten.

Bach und *Strickrodt* schlossen sich dieser Auffassung an.

Adenauer kündigte ein Gesetz an gegen Umtriebe von früheren NS-Organisationen.

Holzapfel macht darauf aufmerksam, daß diese Organisationen insbesondere aus Spanien sehr stark mit Geldmitteln unterstützt werden.

Zimmer glaubt, daß ein Urteil des Verfassungsgerichts gegen die KPD ein Schlag ins Wasser sei, da die Kommunisten schon heute meist auf Tarnorganisationen ausgewichen seien.

Lubbers schnitt die Frage der Vertreter bei den NEI-Ausschüssen an. Die Frage soll bis zur nächsten Vorstandssitzung durch interne Besprechungen geklärt werden.

Simpfendorfer fragt nach dem Schicksal der restlichen Entschließungen von Karlsruhe.

Adenauer will sie zum Gegenstand einer Parteiausschusssitzung Anfang Dezember machen.¹³

Abschließend bat *Bach*, folgende Ausgaben zu genehmigen: DM 15.000,- für eine Nachwahl in Bayern¹⁴, DM 1.000,- für den Parteitag in Niedersachsen¹⁵, DM 25.000,- für die Südweststaatfrage.

Die beiden ersten Beträge werden genehmigt. Der letzte Betrag soll zurückgelegt, über seine Ausgabe aber erst entschieden werden, wenn der Termin der Wahl feststeht.

Schluß der Sitzung gegen 13.30 Uhr.

13 Die nächste Parteiausschusssitzung fand am 12. Januar 1952 statt; über das Bundesverfassungsgericht wurde nicht diskutiert.

14 Am 2. Dezember 1950 fanden durch den Tod des SPD-Abgeordneten Willy Fischer in Fürth und in einem Teil von Nürnberg Bundestagsnachwahlen statt. Gewählt wurde Johann-Adam Segitz (SPD).

15 Die CDU Hannover hielt am 11. November 1951 in Nienburg ihren Bezirksparteitag ab (UiD vom 21. November 1951).